

## **Pressemitteilung**

Andreas Müller  
Tulpenweg 3  
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484  
e-mail mueller-hanau@t-online.de  
web www.linkefraktion-mkk.de

20. Februar 2010

### **LINKE Kreistagsfraktion: „Jetzt Hartz-IV-Anträge auf Zusatzleistungen stellen“**

#### **Auch Leistungen möglich die nicht durch Krankheit, Behinderung oder Nachhilfe begründet sind!**

DIE LINKE Fraktion im Kreistag des Main Kinzig Kreises hat darauf hingewiesen, dass jetzt Zusatzleistungen für Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher beim Kommunalen Center für Arbeit KCA gestellt werden können. Grundlage hierfür sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Hartz-IV-Systematik für verfassungswidrig erklärt habe und das sofort umzusetzende Recht auf regelmäßige, nicht abgedeckte Zusatzleistungen erklärt habe. Dadurch seien, nach einem vom Bundesarbeitsministerium erstellten Katalog, insbesondere Zusatzleistungen bei Behinderung und chronischer Krankheit, für Bildungsausgaben und für Besuche von Kindern bei ihren geschiedenen Eltern möglich, so der Fraktionsvorsitzende Andreas Müller, der für die LINKE Fraktion auch im Verwaltungsrat des KCA sitzt. „Entgegen den bisher verbreiteten Meldungen ist dieser Katalog aber keineswegs abschließend formuliert“, hält Müller fest.

Vielmehr seien konkrete Einzelfallentscheidungen vor Ort zu treffen – und das hieße durch das KCA und ihren Dienststellen. Laut ARGE sollten die Anträge formlos bei den Dienststellen gestellt werden. Für DIE LINKE sei diese Entwicklung längst überfällig, da sich auch konkret vor Ort gezeigt habe, dass die pauschalierten Hartz-IV-Sätze völlig unzureichend seien, um besondere Lebenssituationen und Entwicklungen bei Kindern wie Erwachsenen abzudecken. Diese Zusatzkosten könnten durchaus auch erheblich sein, wenn es etwa um Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer gehe, um Nachhilfe für Schulkinder oder um notwendige, aber nicht verschreibungspflichtige Medikamente!

Man erwarte vom Kommunalen Center für Arbeit, eine angemessene und schnelle Genehmigung der Anträge auf Zusatzleistungen. Dies sei auch schon deshalb gerechtfertigt, da offensichtlich Jahre lang zu geringe Leistungen gezahlt wurden bzw. bestimmte Zusatzkosten bisher nicht berücksichtigt wurden.

**DIE LINKE.**

gez. Andreas Müller